

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Gabel & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger:
Gebr. Krahls, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alttadt

Abonnementpreise: Einzelheft 10 Pf., durch die Post
monatlich 30 Pf., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich
1 Pf. 10 Pf., Einzelnummer 1000, — M., Sonnabendnummer 1500, — M.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Nonpareilzeile 2500, — M., auswärts
3000, — M., die 8spaltige Nonpareilzeile 12 000, — M., auswärts 14 500, — M.,
Anschlag 10 000 u. 20 000 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung, Familien-
anzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefnachlieferung, 1000 M.

Nr. 170

Dresden, Dienstag den 24. Juli 1923

34. Jahrg.

Der Meineidsprozeß in Leipzig

(Von unserm Sonderberichterstatter.)

Leipzig, 23. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Vor dem Staatsgerichtshof begann heute vormittag der seit langem mit größter Spannung erwartete Prozeß, in dem Generalleutnant Ehrhardt, einer der Urheber des Rapp-Bußches und Führer der Mordorganisation C, die Hauptrolle spielen sollte. Da Ehrhardt geflohen ist, des Mitangeklagten Viedigs Aufenthalt unbekannt und der weitere Mitangeklagte Prof. Schlösser erkrankt ist, kann heute nur gegen die Prinzessin von Hohenzollern-Dehringen verhandelt werden. Die Prinzessin wird der Begründung des Hochverrats Ehrhardt und des Meineids beschuldigt. Charakteristisch ist, daß die Verhandlung von dem Senatpräsidenten Dr. Schmidt geleitet wird, obwohl gegen diesen in den letzten Tagen, auch von der höchsten Regierung, schwere Anklagen erhoben worden sind.

Bei ihrer heutigen Vernehmung erscheint die 29-jährige angeklagte Prinzessin sehr naiv und weitfremd. Obwohl sie den Rapp-Bußch und die Besetzung Berlins durch Ehrhardt-Truppen selbst in Berlin miterlebt hatte, habe sie sich keine Gedanken darüber gemacht, daß Ehrhardt bestrebt sei, sie zu verfolgen. Sie habe Ehrhardt geglaubt, daß er unschuldig sei, zumal ja noch die Amnestie erlassen worden sei. Sie habe deshalb Ehrhardt unbedingt Unterstützung in ihrer Wohnung gewährt. Beide haben sogar einen gemeinsamen Haushalt geführt. Trotzdem sagte die Angeklagte als Zeugin bei der Vernehmung durch den Reichsgerichtsrat Dr. Mey aus, sie habe Ehrhardt oberflächlich gekannt und wisse nichts über seinen Aufenthalt. Sie glaube, nach ihrer Darstellung, daß sie zu einer solchen Aussage verpflichtet sei, weil Ehrhardt inzwischen in Ungarn den Namen Ehrhardt abgelegt und den Namen „v. Schwabe“ angenommen hätte. Die Prinzessin hat sich aber zunächst geweigert, ihre Aussagen zu beschwören. Sie meinte, daß sie als Prinzessin und strenggläubige Katholikin den Eid nicht zu leisten brauche. Sie hatte sich schließlich Bedenkzeit erbeten.

Ehrhardt und Viedig haben, wie sich im Verlaufe der Verhandlung immer deutlicher zeigt, die Prinzessin bewogen, ihre falschen Aussagen zu beschwören.

Das sie schließlich auch getan hat. Die Angeklagte redet sich damit heraus, daß sie, wie auch sonst, auch in diesem Falle Ehrhardt unbedingt vertraut habe. Sie hat nach der Darstellung des Reichsgerichtsrats Mey später ihre beschworene Aussage teilweise zurückgenommen und das Geheimnis enthüllt. Sie erklärte, daß der angebliche v. Schwabe der geachtete Artilleriekapitän Ehrhardt sei. Reichsgerichtsrat Dr. Mey bemerkt, daß sich die Prinzessin zwar wie ein ungeschworenes trübseliges Mädchen benommen habe, daß sie aber zweifellos die Situation nicht überschauen konnte. Im übrigen habe sie offenbar ganz unter dem Einfluß Ehrhardts gehandelt. Ehrhardt habe stark suggestiv auf die Prinzessin eingewirkt. — Wir geben hier ein Stück aus der Verhandlung wieder:

Die Angeklagte gibt an, daß sie nach dem Stiege zunächst in Berlin, später in Schlesien gelebt habe und dort Ehrhardt als Vertreter Obereschleiens kennen gelernt habe. Später habe sie mit Ehrhardt Weisfe gewohnt und ihn in Berlin wieder gesehen. Ihre Reise nach Rußland im Dezember 1920 habe mit Ehrhardt nichts zu tun gehabt. Sie habe nicht gewußt, daß Ehrhardt unter falschem Namen dort wohnte. Sie habe ihn einmal auf der Straße getroffen und ihn gehen lassen, sie zu besuchen, was er auch tat. Sie wisse nichts davon, daß Ehrhardt mit ihrem Wissen auf der Flucht verkehrt und von dort einen Haß bekommen habe. Mit Ehrhardt habe sie sich geduzt, um als Vertraute zu gelten. Ehrhardt habe ihr immer gesagt, er heiße Peter v. Schwabe. Vorsitzender: Als Ehrhardt für Sie eine Wohnung suchte, nannte er sich „Konrad Schmidt“. Außerdem war er damals wochenlang bei seiner Familie, die er nach Schwabach hatte kommen lassen. Sie wollten doch seine Frau kennen lernen? Wann Ehrhardt Ihnen verschwiegen hat, daß seine Familie da war, so wäre es charakteristisch für Ehrhardt. Wie kam denn Ehrhardt in das Haus, das Sie gemietet haben? Angeklagte: Ich mußte einen Zwangsmieter nehmen und bot Ehrhardt ein Zimmer an, der damals Direktor der Ruhr-Gesellschaft war. Er ah in der Stadt und schließlich bei mir. Vorsitzender: „Und dafür hat er keinen Pfennig Miete bezahlt?“ Angeklagte: Von einem Bekannten wollte ich seine Miete nehmen. Vorsitzender: „Es war doch überall ein Sie d r i e l Ehrhardt angekündigt; da mußten Sie sich doch fragen, daß es sehr verdächtig war, wenn sie öfters mit ihm ausgingen.“ Angeklagte: Das habe ich mir nicht überlegt. Vorsitzender: „Das soll ich Ihnen glauben, wo sein Bild an allen Aufhängen klebt? Und dem Untersuchungsrichter sagten Sie, Sie kennen Ehrhardt nicht?“ Angeklagte: „Er hatte doch den Namen Ehrhardt abgelegt. Ehrhardt war tot, er war ein anderer Mensch.“ Vorsitzender: „Das ist doch Unsinn. Wenn einer ein Verbrechen begeht und dann einen anderen Namen annimmt, so lautet er doch damit nicht unklar. Sie sind viel klüger als Sie tun. Ueber Ehrhardt und sein Werk werden Sie wohl in ruhiger Stunde auch nachgedacht haben. Ehrhardt hat Sie und Viedig ins Unglück stürzen lassen. Den Studenten Viedig hat Ehrhardt Ihnen als Zeuge vorgestellt. Es ist unerklärlich, wie diese Herren lügen können.“

Roske über Ehrhardt und Rapp-Bußch

Vom früheren Reichswehrminister Roske wurde auf Verlangen behauptet, daß Ehrhardt eine gewisse Engagementskraft besaß. Nebenbei bemerkt man den früheren Einbruch, daß Ehrhardt auf die zweifelhafte etwas weitfremde Angeklagte einen ungeschworenen Einfluß ausübte hat. Charakteristisch ist dafür

der folgende Vorfall: Die Prinzessin, die sich als strenggläubige Katholikin der Eidesleistung entziehen wollte, hat am nächsten Tage sich bereit erklärt, den Eid in weltlicher Form zu leisten. Sie hat das dann tatsächlich auch getan. Der Präsident bemerkte, daß ihr dies nur von jener Seite suggeriert worden sein könne, die standlos an der Angeklagten gehandelt und sie lebenden Arges in das Unglück gestürzt habe. Zweifellos hat Ehrhardt gegenüber der Prinzessin nicht als General und Ehrenmann, sondern unritterlich und gemein gehandelt.

Die weitere Zeugenvernehmung dient lediglich dem Zweck, festzustellen, ob durch die Tätigkeit Ehrhardts während des Rapp-Bußches Ehrhardt das Verbrechen des Hochverrats begangen habe. Die Vernehmung der verschiedenen Zeugen bringt erneut den Beweis, daß

Ehrhardt der eigentliche Urheber des Rapp-Bußches

gewesen ist. Er hat seine Truppen nach Berlin marschieren lassen. Alle Versuche militärischer Stellen und seiner Vorgesetzten, ihn davon abzuhalten, waren erfolglos. Scharf und deutlich kennzeichnet Oberpräsident Roske als Zeuge Ehrhardts Rolle, indem er sagte, der Rapp-Bußch war ein regelrechter Staatsstreich, ausgeführt zu dem Zweck, die Diktatur von rechts in Deutschland zu errichten. Der Staatsstreich wäre ausförmlich gewesen, wenn Ehrhardt nicht mit seinen Truppen dahinterstand. Ehrhardt sei zwar politisch nicht besonders geschult, aber man dürfe ihn keinesfalls als Trottel betrachten. Er sei noch besonders auf die Konsequenzen seines Verhaltens hingewiesen worden.

Höchst sonderbar und besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß die als Zeugen benannten Militärs, Stabs-offiziere und Generale, übereinstimmend bezeugen, daß sie alle Ehrhardt nur ermahnten und beschworen, den Marsch zu unterlassen, daß man aber nicht wagte, Ehrhardt den Befehl zu geben, von seinem Vorhaben abzurufen. Der Präsident fragte ermahnte alle militärischen Zeugen, warum mit dem Weiterer Ehrhardt so allimpflich umgegangen worden sei und man ihn nicht verhaftet habe. Es erfolgte darauf von keinem eine klare Antwort. Der Hauptmann Polmann glaubt, die Schuld auf die Revolution schieben zu müssen. Diese habe auch in Offizierskreisen die Auffassung von Gehorsam verwirrt. Uebereinstimmend lauten aber alle, daß Ehrhardt einem Befehl nicht gehorcht wäre. Er war entschlossen, den Marsch auf Berlin durchzuführen, weil auch nach anderen Orten bereits die Kavallerie unterwegs waren, um auch dort die Truppen in Bewegung zu setzen. Ehrhardt war aber derjenige, der im Einverständnis mit den übrigen Hauptmännern die Aufgabe hatte, mit militärischer Gewalt die verfassungsmäßige Regierung zu stürzen und die Vorbedingung für die Diktatur

Rapps zu schaffen. Jede Untersuchung darüber, welche Rolle Ehrhardt sonst noch als Führer der Konterrevolution in Deutschland gespielt hat, unterbleibt, weil offensichtlich das Bestreben besteht, die Verhandlungen möglichst abzukürzen. Es wird deshalb auf eine Anzahl weiterer vorgeladener Zeugen allseitig verzichtet und die Verhandlung gegen 5 Uhr nachmittags auf Dienstag früh 9 Uhr verlagert. Das Urteil dürfte am Dienstag nachmittags zu erwarten sein.

Die Hungerpolitik der Reichsregierung

Forderung schärfster Opposition gegen das Cuno-Kabinett

Breslau, 23. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die mittelschlesische Sozialdemokratie nahm am Sonntag in einer erweiterten Bezirksvorstands-sitzung, an der auch ein Vertreter des Parteivorstandes, ferner der Oberpräsident und eine Anzahl von Abgeordneten teilnahmen, zu den Vorgängen in den letzten Tagen in Schlesien Stellung. Ein Referat des Landtagsabgeordneten Genossen Scholich wandte sich scharf gegen die bürgerliche Reichsregierung, die mit ihrer passiven Innenpolitik und Wirtschaftspolitik die eigentliche Urheberin der Teuerungsumruhen sei. Einstimmig wurde nach lebhafter Aussprache eine Entschliebung angenommen, die die Hungerpolitik der Reichsregierung für die Teuerungsumruhen verantwortlich macht und nochmals die dringende Forderung der Sozialdemokratie wie folgt zusammenfaßt:

„Sofortige direkte Verhandlungen mit den Gläubigermächten zur Beendigung des Ruhrabenteuers; Antrag der Reichsregierung auf Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund vor der Herbsttagung; sofortige Maßnahmen zur Eintragung von Goldhypotheken zugunsten des Reiches auf landwirtschaftlichen Grund und Boden von über 100 Morgen, die zur Sicherstellung für die Reparationsforderungen zu verwenden sind unter äußerlicher Beteiligung des Reiches an allen Industrie-unternehmungen; wertbeständige Löhne und Steuern; umfassende Seilungstätigkeit; Republikanisierung der staatlichen Sicherheitsorgane.“

Die mittelschlesische Sozialdemokratie verlangt vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion, daß sie durch Verschärfung der Opposition gegen die Cuno-Regierung die Verantwortung der bürgerlichen Parteien für die gegenwärtige Lage klarstellen und jedes gesetzliche und parlamentarische und außerparlamentarische Mittel zur Erreichung der genannten Ziele und zur Entlastung der Volksmassen vom Druck des Hungers anwenden.

Englands Arbeiter und Frankreich

Von Ramsay MacDonald, London

Der Führer der Arbeiterfraktion im englischen Unterhause, Ramsay MacDonald, beipflichtet in der neuesten Nummer der Zeitschrift der Unabhängigen Arbeiterpartei, New Leader, die am 12. d. M. abgegebene Erklärung des Ministerpräsidenten Baldwin in nachstehenden Ausführens.

Während der ersten drei Minuten seiner Rede vom vergangenen Donnerstag erntete Baldwin den Beifall der konservativen Regierungsmehrheit; während der darauf folgenden fünfzehn Minuten seiner Ausführungen war es die Arbeiteropposition die ihm Beifall spendete. Während ich sah für Satz, dieser Rede folgte, dachte ich, um wieviel glücklicher unser Land heute sein würde, wäre die von Baldwin angekündigte Politik schon vor Monaten betrieben worden und hätte sich die britische Regierung entschieden gemeldet, zu schweigen, als die Ruhrinvasion erfolgte.

Seit dem Waffenstillstand wäre es die Pflicht unserer Regierung gewesen, den Krieg niederzuhalten, die Öffentlichkeit konsequent zu einer friedlichen Geistesverfassung zurückzuführen, die Abrüstung der Gedanken und Gefühle ebenso wie des Heeres durchzuführen. Aber wir hatten damals einen Lloyd George im Amt und dieser wollte die Rheinabgaben gewinnen; so beteiligten wir uns an der Orgie der Siegermächte und verloren damit nicht nur eine gute Gelegenheit, sondern auch unsere guten Ruf. Indessen wurde dieser Wahnsinn erkannt und gestoppt, und bald kam jene gute Gelegenheit wieder, aber unsere Hände und unsere Jungen waren gebunden durch das, was wir selbst getan hatten, und so ließen wir auch diese Gelegenheit vorbeiziehen. Ja, noch mehr: obwohl Bonar Law ebenso gut wie ein jeder von uns erkannte, daß Versailles und der Geist, der Versailles verurteilt, Europa zur Verwirrung, zur Revolution und zum Ruin führen muß, war er ein geschlagener und kranker Mann. Er fühlte selbst, wie ihn eine verhängnisvolle Hand festhielt, und wagte nicht, sich loszureißen. Und so ging auch diese Gelegenheit verloren.

Unterdessen forderte die Arbeiterpartei, daß die Politik Englands sich nach dem gesunden wirtschaftlichen und politischen Menschenverstand richte. Sie beürchtete nicht das Risiko eines Gegenstoßes zu Frankreich, denn sie wußte, daß früher oder später irgend jemand dieser Politik sowieso Widerstand leisten müßte, wenn Europa vor der militärischen Diktatur und dem Bankrott gerettet werden sollte.

Sie wußte, daß je später dies geschehe, desto größer die Gefahr sein würde, und daß ein weiteres Schweigen, eine weitere Untätigkeit das schlimmste aller Übel zur Folge haben müßte: nämlich die Unterdrückung eines jeden von internationalen Rechtsempfinden getragenen Wortes. Die Arbeiterpartei hat gewiß keine Meinung, eine schismatische internationale Lage auch nur vorübergehend zu schaffen. Aber es gibt gewisse Nachschubproben, die nicht vermieden werden können, es sei denn auf Kosten aller Ideale, für die wir eintreten. In Dingen der hohen Politik müssen Grundröße und Anschauungen entweder mutig oder lieber gar nicht vertreten werden. Und so hat die Arbeiterpartei seit dem ersten Tage der Ruhrinvasion, dieser Wühlgarbe der Reparationspolitik, der Regierung gesagt, daß sie eine Politik verfolgen sollte, die getragen wäre von den Bedürfnissen Europas und von den Interessen unter eigenem Volke, und daß sie diese Politik nicht insgesam treiben, sondern sie vor aller Öffentlichkeit begründen sollte im Interesse einer schnelleren moralischen und physischen Gesundung der Welt.

Die Regierung hörte zu, und die Regierung tat nichts. Frankreich und Belgien gingen immer weiter, die Gefühle ihrer Völker stampften immer mehr ab, ihr Rückgang wurde immer stärker. Und doch mußte die unermüdliche Kraftprobe einmal erfolgen. Dabei die Rede Baldwin am vergangenen Donnerstag.

Was wird jetzt geschehen? Mag sein, daß Frankreich in Horn gerat. Mag sein, daß der Kriegsgeist Mars finster von seinen Wolken herabschauet. Aber auch, wenn das geschieht, so dürfen wir den Mut nicht sinken lassen. Wer glaubt, daß so etwas lange dauern wird, ist ein Tor; und wer zu einem kleinmütigen Rückzug rät, ist dessen Zwillingbruder. Eine feste Haltung, die wir zäh und freundschaftlich zugleich an den Tag legen, wird uns zu einer guten Verständigung und nicht zu einem ernstlichen Konflikt führen. Wer den Wunsch hat, daß wir mit Frankreich oder einer anderen Macht in guten Beziehungen bleiben, der darf weder unterwürfig noch ängstlich, sondern er muß offen sein, der darf nicht aus Bequemlichkeit kompromittieren, der muß uns Würde ebenso wie unser Recht auf unabhängige Entschlüsse bewahren. Unsere bisherige Politik war für die französische Regierung geradezu ein Ansporn zu ihrem Vorgehen und zu ihren Handlungen, die letzten Endes jede